

## Überregionaler Pressespiegel 16.12.2011

Neues Deutschland | 16.12.2011

### „Mit Mut, Respekt und Toleranz“

Stadt Dresden stellt Motto für 13. und 18. Februar vor

Dresden (dpa/nd). »Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe« - unter diesem Motto sind die Dresdner aufgerufen, ein Zeichen gegen die am 13. und 18. Februar geplanten Neonazi-Aufmärsche zu setzen. Der Leitspruch wurde unter 100 Einsendungen ausgewählt. „Wir haben uns gemeinsam entschlossen, unserer Stadt in Schutz zu nehmen“, sagte Frank Richter von der Arbeitsgruppe „13. Februar“ am Donnerstag. Die Stadt hatte dazu aufgerufen, Vorschläge einzureichen.

Es gebe im kommenden Jahr zwei Brennpunkte, sagte Richter. Am 13. Februar – dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg – stehe das erinnern und Gedenken im Vordergrund. Geplant ist eine Menschenkette, die einen großen Kreis um die Altstadt bis zum Königsufer auf der anderen Elbseite bildet. Da im kommenden Jahr der 13. Februar auf einen Montag fällt, wird die geplante Großkundgebung in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen auf den folgenden Samstag, also auf den 18. Februar, verschoben. „An diesem Tag wehrt sich die Stadt gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, erklärte Richter.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/213444.mit-mut-respekt-und-toleranz.html>

---

Lausitzer Rundschau | 16.12.2011

### Dresdner Motto gegen Neonazi-Märsche steht

„Mit Mut, Respekt und Toleranz – Dresden bekennt Farbe“ – mit diesem Motto sollen die Dresdner ein Zeichen gegen die am 13. und 18.

Februar geplanten Neonazi-Aufmärsche setzen. Das sagte Frank Richter von der Arbeitsgruppe „13. Februar“ am Donnerstag. Dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg soll mit einer Menschenkette rund um die Altstadt gedacht werden. Da der Tag ein Montag ist, wird die Kundgebung auf den 18. Februar verschoben. Erstmals setzen damit bürgerliche Parteien, Vereine, Verbände und Kirchen zusammen ein Zeichen gegen rechts.

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Bahn-nimmt-in-Leipzig-Stellwerke-in-Betrieb;art1047,3609789>

---

MDR Sachsen | 16.12.2011 | 15:55 Uhr

### Sächsischer Datenschutzbericht 2009/2010

Immer mehr Überwachungskameras in Sachsen

Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig hat sich besorgt über das Ausmaß

der Videoüberwachung im Land gezeigt. Es gebe eine deutliche Zunahme solcher Überwachungsmaßnahmen, sagte Schurig bei der Vorstellung seines Tätigkeitsberichtes für die Jahre 2009/2010 am Freitag in Dresden.

Als Beispiele nannte er Freizeitbäder und Empfangsbereiche. Problematisch ist aus Sicht des Datenschützers die Überwachung sensibler Bereiche wie Umkleiden oder Saunen. Schurig berichtete von einer Freizeiteinrichtung in Sachsen, in der insgesamt 44 Kameras installiert waren, darunter auch in der Sauna. In einem anderen Fall habe die Behörde einschreiten müssen, weil vor einem Nachtclub sechs Außenkameras auch einen öffentlichen Fußweg erfassten.

#### Schurig plant mehr Bußgeldverfahren

Doch auch Bürger observieren dem Bericht zufolge immer häufiger das Grundstück des Nachbarn zunehmend mit versteckter Kamera. In vielen Fällen werde gegen das Gesetz verstoßen. Einen Grund für den Anstieg der Überwachung sieht der Datenschutzbeauftragte darin, dass die Technik immer kostengünstiger wird. Schurig kündigte an, verstärkt auf Bußgeldverfahren zu setzen, um eine unkontrollierte Zunahme der Videoüberwachung zu verhindern. Er wolle auch klären, ob Behörden Grundstücksverkäufe mit Namen und Adresse des Käufers öffentlich ins Internet stellen dürfen.

#### Handydatenabfrage erst im nächsten Bericht

Zufrieden zeigte sich Schurig mit der Entwicklung bei der Überwachung des öffentlichen Raums durch die Polizei. Dort sei es gelungen, die Überwachung und Speicherung von Aufnahmen auf ein Minimum zu reduzieren. Als Beispiel führte Schurig die Prager Straße in Dresden an. Diese sei von der Polizei überwacht worden war, um die Rauschgiftkriminalität auf der Einkaufsmeile einzudämmen. Nachdem die Straftaten in dem überwachten Bereich auf seine Empfehlung hin die Überwachung inzwischen ausgesetzt. Im Vergleich zu anderen Bundesländern gebe es in Sachsen eher wenige solcher Maßnahmen, betonte der Datenschützer.

Die umstrittene Funkzellenabfrage, mit der sächsische Ermittlungsbehörden nach den Ausschreitungen am Rande der Dresdner Neonazi-Aufmärsche im Februar massenhaft Handydaten erhoben und ausgewertet hatten, spielte kaum eine Rolle. Sie soll Gegenstand des nächsten Berichtes sein. Schurig hatte der Polizei und Justiz vorgeworfen, sich nicht an Recht und Gesetz gehalten zu haben. Der Datenschützer will erreichen, dass die Betroffenen schriftlich informiert werden, wenn Daten über sie erhoben werden. Seine Frist für eine Stellungnahme des Landeskriminalamtes und der Staatsanwaltschaft Dresden läuft am Jahresende aus. Schurig geht davon aus, dass "sehr viele Briefe" fällig sein werden.

#### Strafgelder in Höhe von rund 30.000 Euro

In den Jahren 2009 und 2010 leitete die Behörde insgesamt 114 Bußgeldverfahren ein. Das war eine leichte Steigerung gegenüber den Vorjahren. Laut Schurig wurden Strafgelder in Höhe von rund 30.000 Euro verhängt.

<http://www.mdr.de/sachsen/datenschutzbericht-sachsen100.html>

---